

GESCHICHT



SERIE 1917 (1): DIE FEBRUAR-REVOLUTION IN RUSSLAND

Eine Hoffnung für die Luxemburger Arbeiterschaft?

Interview: Renée Wagener

In Russland hatten die Menschen die Arbeit niedergelegt, die Bäckereien gestürmt und den Zar abgesetzt - so konnte man es ab Mitte März 1917 auch in der Luxemburger Presse lesen. Über die „Februar-Revolution“ vor 100 Jahren und ihre Folgen für Luxemburg diskutierten die beiden Historiker Ben Fayot und Henri Wehenkel.

woxx: *Wie war die Lage der Arbeiterbewegung in den Jahren vor der „Februar“-Revolution, die nach unserem Kalender im März stattfand?*

Ben Fayot: Vor dem Ersten Weltkrieg war die Luxemburger Arbeiterbewegung gespalten: Die 1902 gegründete Sozialdemokratische Partei hatte zwei Abgeordnete, Caspar Mathias Spoo und Dr. Michel Welter. Diese arbeiteten mit linksliberalen Abgeordneten in einem „Block“ zusammen, der versuchte, Reformen durchzusetzen, ohne aber die bestehenden wirtschaftlichen Besitzverhältnisse anzutasten, und der deshalb sozial nur minimal aktiv wurde. In diesen Aufbaujahren der Arbeiterbewegung wurde auch eine Gewerkschaft gegründet, ein Ableger des Deutschen Metallarbeiterverbandes, um vor allem die Arbeiterschaft in der Eisenindustrie zu organisieren. Dies gelang nur zum Teil, weil die Arbeiterschaft gespalten war zwischen katholischen und antikatholischen Tendenzen. Auch Kirche und Rechtspolitiker versuchten, die Arbeiterschaft gegen die liberalen Hüttenherren zu mobilisieren.

War die Revolution schon vor dem Ersten Weltkrieg eine Option, oder war die Vorstellung eines Umsturzes des kapitalistischen Systems nur eine abstrakte Vision?

Henri Wehenkel: Am Anfang des 20. Jh. war der Begriff „Revolution“ nicht klar definiert. In den Manifesten der Luxemburger Arbeiterbewegung wurde das Wort benutzt, um zu verdeutlichen: Wir sind radikaler als die anderen. Weil sich die führenden Leute der sozialdemokratischen Bewegung dem Links-Block anschlossen, entstand in sozialen Fragen ein großer Rückstand, und als der Krieg ausbrach, gab es keine richtigen Gewerkschaften. Die sozialdemokratische

Partei agierte einzig und allein im Parlament, einem Parlament, das noch nach dem Zensuswahlrecht, also nur von den Besitzenden, bestimmt wurde. Als regelrechte Partei war sie jedoch bereits vor Kriegsausbruch praktisch verschwunden; an ihre Stelle traten die „demokratischen Vereine“. Erst die Russische Revolution gab der Luxemburger sozialistischen Bewegung wieder einen wichtigen Impuls.

Im März 1917 wurde in der ganzen Welt über die Ereignisse in Russland berichtet. Wie erklärt sich dieses Interesse? Großbritannien und die USA beglückwünschten sogar die neue russische Regierung und erkannten sie an.

B.F.: Russland hatte als Mitglied der Entente gegen die Zentrumsstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn eine hohe strategische Bedeutung in der damaligen Kriegssituation.

H.W.: Die große Masse der Menschen erkannte zudem, dass in einem äußerst rückständigen Land die Arbeiter dabei waren, erfolgreich eine Revolution durchzuführen und den Zar als Alleinherrscher zu entmachten. Auch in Luxemburg sahen jene Menschen, die für bittere Arbeit wenig Brot erhielten, darin das Signal, dass sie nicht mehr alles ertragen müssten. Daneben spielte auch die Kriegsmüdigkeit eine Rolle.

Die Umwälzungen in Russland vor 100 Jahren begannen mit der „Februar-Revolution“. Hier setzt auch das von Radio 100komma7 und Wochenzeitung woxx gemeinsam betriebene Medienprojekt „1917 - d'Joer dat d'Welt verännert huert“ an.

Im ersten Gespräch mit den Historikern Ben Fayot und Henri Wehenkel stehen die Reaktionen in Luxemburg auf die ersten Signale der Russischen Revolution im Fokus. Ben Fayot hat sich besonders in seinem Werk „Sozialismus in Luxemburg“ im Detail mit der Entstehung und Entwicklung der Arbeiterbewegung auseinandergesetzt. Henri Wehenkel hat ebenfalls zu dieser Entwicklung geforscht und sich u.a. für die revolutionären Tendenzen in dieser Bewegung interessiert, die später in der



FOTO: RADIO 100,7 / WES STEPHANY

Kommunistischen Partei zum Ausdruck kamen.

radio 100komma7 wird dieses Gespräch am kommenden Sonntag, dem 19. März um 19:30 Uhr in einer gekürzten Version übertragen.

Auf www.100komma7.lu wird das Gespräch auch in voller Länge bereitgestellt. Die Chronik „Virun 100

Joer“ ist zum ersten Mal am Samstag, den 18. März, um 11:40 Uhr zu hören. Alle Veranstaltungen und Beiträge zum Medienprojekt „1917“ finden Sie auch auf unserem Blog 1917woxx.lu.

Nächste Veranstaltung: „Land, Brout, Fridden? D'Bedeutung vun der Russescher Revolutioun fir Lëtzebuerg“. Öffentliches Rundtischgespräch am 24. April um 19:00 Uhr im Kulturzentrum Neumünster.



FOTOS: RADIO 100.7 / WES STEPHANY

Trug die russische Februar-Revolution zur Radikalisierung der Luxemburger Arbeiterschaft bei? Darüber diskutierten die Historiker Ben Fayot und Henri Wehenkel.

B.F.: Anders als die Oktober-Revolution wurde die Februar-Revolution in den westlichen Ländern als Revolution im bürgerlichen Sinn, wie man sie 1789 und 1848 erlebt hatte, gewertet: für mehr Fortschritt, für mehr Demokratie. Die Regierung Kerenski, die zunächst an die Macht kam, stützte sich auf die bürgerlichen Eliten. Die Gewerkschaften ihrerseits betrachteten den Aufstand als gegen das rückständige Zaren-Regime gerichtet.

H.W.: Der provisorischen, bürgerlichen Regierung standen die Kräfte aus dem Volk gegenüber, die in Petrograd die Revolution machten, mit Arbeiterstreiks, Hungermärschen, großen Frauendemonstrationen. Da erst wurde der Zar gestürzt, und es entstanden Sowjets in ganz Russland: Das waren Arbeiter-, Bauern- oder Soldatenräte, aber von Arbeitern, die im Betrieb ihre Rechte verteidigten, Bauern, die sich ihr Land nahmen, Soldaten, die nicht mehr gehorchten. Die Forderung „Land, Brot, Frieden“ gab es von Anfang an. Und die Revolution ging weiter, weil diese Forderungen nicht erfüllt wurden.

Wie wurde die Revolution in Luxemburg aufgenommen? Wie kam es zu der kurzen Debatte im Parlament?

B.F.: In Luxemburger Zeitungen wie dem „Luxemburger Wort“, dem „Escher Tageblatt“ oder der sozialistischen „Schmiede“ erschienen Analysen zur Februar-Revolution nur spät und spärlich. Auch die Debatte in der „Chamber“ fand am 24. April statt,

also bereits fast zwei Monate nach der Revolution. Der sozialistische Abgeordnete Jos. Thorn hatte eine Tagesordnung eingereicht, in der das Parlament aufgefordert werden sollte, „l'avènement de la démocratie russe“ zu begrüßen. Hier wurde also noch nicht von Sowjet- oder Räterepublik gesprochen, es ging im Parlament nicht um einen Umsturz der Besitzverhältnisse in Russland. Die Resolution wurde schließlich nicht angenommen, war aber zum Teil auch auf der Rechten begrüßt worden. Pierre Dupong, Chef der katholischen Rechtspartei, der das Kapital der Eisenindustrie angriff, tat dies jedoch nicht so sehr in einer revolutionären als vielmehr einer parteistrategischen Perspektive, um gegen die Liberalen, die hinter den Schmelzherren standen, vorzugehen und die politische Macht zu erlangen.

Dupong sprach auf der Parlamentstribüne von der Hoffnung, dass auch in Luxemburg der Kapitalismus untergehen werde. War dies der Ausdruck eines Antikapitalismus von rechts?

H.W.: Man darf sich hier nicht irreführen lassen: Im „Clerfer Echo“ etwa, einem Bauernorgan aus dem Norden, findet man ohne Unterlass den Tenor: „Wir kämpfen gegen das Geld, gegen den Kapitalismus.“ Dupong blieb auch nicht lange bei dieser Haltung.

B.F.: Er blieb es solange, wie er in der Opposition war. Die katholische Kirche, mit all den Organisationen um

sie herum, hatte lange gekämpft, um sich gegen die Liberalen durchzusetzen, die in Luxemburg im gesamten 19. Jh. an der Macht gewesen waren. Und eine der Perspektiven in diesem Kampf war der Einsatz gegen die reichen Hüttenherren.

„Erst die Russische Revolution gab der Luxemburger sozialistischen Bewegung wieder einen wichtigen Impuls.“

H.W.: Man darf nicht vergessen, dass das Parlament zu diesem Zeitpunkt nicht frei war, sich auszudrücken, denn bei der Anwesenheit der deutschen Truppen im Land konnte sie den Vorwurf nicht riskieren, den Luxemburger Neutralitäts-Status zu verletzen. Das galt auch für die Presse. Dennoch erschien in der „Schmiede“ ein Appell mit dem Titel „Luxemburg hinter Russland“: „Luxemburg steht mit einem Sprung 200 Jahre hinter Russland, und nun sprechen noch Narren hiezulands von Freiheit. Ja, die Freiheit die ich meine, sie besteht für Kapitalisten und Großbauern, aber die Arbeiter werden jeden Tag mehr ausgebeutet.“ Das zeigt, dass also schon eine gewisse Stimmung da war. Auch der Ausdruck „Russe“ wurde sehr schnell den Gewerkschaftsführern Kappweiler und Herrschbach verpasst, später wurden sie als „Bolschewiki“ bezeichnet.

Wie muss man sich konkret die Lage der Luxemburger Arbeiterfamilien seit dem Beginn des Krieges vorstellen?

B.F.: Die Lebensmittellage war sehr schnell dramatisch geworden. Der Staat war schwach, Maßnahmen wurden zwar getroffen, aber nicht ausgeführt. Es kam zu einer regelrechten Feindschaft zwischen der Arbeiterschaft einerseits und den Bauern als Produzenten und den Zwischenhändlern andererseits, von denen sich einige aufgrund der Mangelsituation bereicherten. Dies war meines Erachtens eine der Grundursachen für die Entstehung der Gewerkschaften 1916, die aus den Konsumentenvereinen hervorgingen.

H.W.: Ich bezweifle, dass man gegen diese Notlage überhaupt etwas hätte unternehmen können. Man hätte bei den Bauern Lebensmittel beschlagnahmen und Höchstpreise mit militärischen Mitteln durchsetzen können. Doch es gab fast keine Handhabe. Die Luxemburger Polizei etwa konnte das deutsche Militär, das in Luxemburg Pferde und Lebensmittel einkaufte, nicht kontrollieren.

Dennoch bleibt die Frage des Einflusses der Russischen Revolution. Der kommunistische Historiker Jean Kill schrieb 1963, diese habe auch auf die Luxemburger Arbeiterschaft einen „gewaltigen Eindruck“ gemacht.

H.W.: Die internationalen Impulse sind sehr deutlich. Ab April 1917 kam



Im Ersten Weltkrieg wurden die Lebensmittel schnell knapp und teuer, manche wurden rationiert. Anstehen war angesagt, Hunger und Mangel verstärkten die generelle Unzufriedenheit.

es zu Streiks in Deutschland, Italien und Spanien, zu Meutereien in Frankreich. Es gab einen Moment, in dem in allen Ländern die Wut ihren Siedepunkt erreichte. Der Durchbruch in Russland führte auch in den westeuropäischen Ländern dazu, einen Schritt weiter zu gehen. Der Streik von Juni 1917 war eine direkte Folge des Streiks in Deutschland und fand wie dort in einem Rüstungsbetrieb statt; es wurden die gleichen Firmen bestreikt.

B.F.: Ich teile die Interpretation Jean Killa nicht. Man darf die Revolution von 1917 und auch den Streik in Luxemburg nicht im Interesse einer nachfolgenden Geschichtsschreibung instrumentalisieren. So hat Jean Schortgen, der erste Arbeiterabgeordnete im Parlament, zu keinem Zeitpunkt im Parlament von der Russischen Revolution und ihren Folgen anderswo in Europa gesprochen. Er konzentrierte sich auf die konkrete Situation der Luxemburger Arbeiterschaft auf der Schmelz und in den Minen, und er nahm die Lebensmittelkrise, die Produktionsweise, die Länge der Arbeitstage als Ausgangspunkt, um politische Forderungen aufzustellen.

In Russland waren die Frauen zu Beginn starke Initiatorinnen der Revolution. In Luxemburg dagegen dominierte die Luxemburger Arbeiterschaft, dass Frauen nun im Krieg im Hochofenbereich arbeiteten, und sie wurden als Lohndrückerinnen abgestempelt.

B.F.: Frauen arbeiteten auch als Heizerinnen auf der Eisenbahn. Die Frauenbewegung vor dem Krieg hatte sich für Mädchenbildung eingesetzt. Für die Politik dagegen - sowohl im Parlament wie in den Parteien, wie auch in den Gewerkschaften - war die Frauenfrage, sei es im Betrieb oder zuhause

oder in der Gesellschaft, nie ein prioritäres Problem.

Gerade 1917 finden sich jedoch in der Sozialistischen Partei Frauen, die zumindest in der Frage des Frauenwahlrechts mobilisieren wollen.

H.W.: In der Tat änderte sich das sehr schnell. In einem Appell der sozialistischen Partei vom 18. August 1917 wurde verlangt: „Am Tage der kommenden internationalen Abrechnung sollen die Rechte der Luxemburger Männer und Frauen nicht hinter denen Russlands zurückstehen.“ Plötzlich tauchen die Frauen also in den Appellen auf. Auch unter den militanten Mitgliedern und in den Gremien der Partei fanden sich immer mehr Frauen. Das war eine starke Veränderung.

Wie gestaltete sich der Einfluss der ausländischen Arbeiterschaft? War sie besser organisiert oder zumindest stärker für sozialistische Ziele sensibilisiert?

B.F.: Die Anwesenheit zahlreicher deutscher Arbeiter hat sicher dazu beigetragen, dass sich die Luxemburger Arbeiter stark am deutschen Gewerkschaftsmodell orientierten. Es ist nicht gesagt, dass die italienischen Arbeiter besser organisiert waren als die Luxemburger, aber sie waren in einer weit prekäreren Situation. Dies war das regelrechte Proletariat, die Luxemburger dagegen hatten ihre Familien, kamen oft aus Bauernmilieus und hatten oft noch einen katholischen Hintergrund; sie wuchsen in einem sehr konservativen Land auf. Die verschiedenen Komponenten - Deutsche, Italiener, Franzosen, Belgier - funktionierten nicht immer in Eintracht miteinander, infolgedessen waren auch die Gewerkschaften oft gespalten. Bei Kriegsausbruch 1914 gingen viele Italiener wieder zurück,

so dass der Ausländeranteil stark zurückging. Möglicherweise hat die so entstandene größere Uniformität der Arbeiterschaft auch zur Entstehung der Gewerkschaft beigetragen.

„Der Lebensmittelmangel war meines Erachtens eine Grundursache für die Entstehung der Gewerkschaften 1916.“

H.W.: Ich halte diese These für gefährlich. Daraus könnte man den Schluss ziehen, es sei die Schuld der Italiener, dass vorher keine Gewerkschaft entstand. Dabei brachten doch viele italienische Aktivisten Ideen und Erfahrungen mit: Sie brachten den Luxemburgern bei, wie man streikt, auch wenn sie vielleicht nicht sehr gut organisiert waren. Die Luxemburger ihrerseits gingen ins Ausland. Manche, die bei dem Streik von 1917 auf die schwarze Liste gesetzt und fristlos entlassen worden waren, zogen ins Ruhrgebiet und kamen dort in Kontakt mit der revolutionären Arbeiterbewegung. Im Übrigen ist es aufgrund fehlender Statistiken für die Kriegszeit schwierig, die Zahl der noch anwesenden ausländischen Arbeiter genauer festzustellen. Jedenfalls verfügte die Kommandantur in Esch am ersten Streiktag im Juni 1917 als Erstes, dass alle „Angehörige eines Fremdstaates“, ob Italiener, Franzosen, Belgier oder Russen, sofort in Gefangenenlagern zu internieren seien. Das deutet also darauf hin, dass zu diesem Zeitpunkt durchaus noch Ausländer da waren.

Mit der Russischen Revolution stellte sich die Frage der Ausrichtung der Sozialistischen Bewegung neu. Die Forderungen der neuen Gewerk-

schaftsbewegung waren aber wohl eher auf Reformen als auf einen radikalen Umsturz ausgerichtet?

H.W.: Solche Aussagen finden sich durchaus in manchen Beiträgen in der Gewerkschaftszeitung. Der Streik von 1917 ging jedoch nicht darum, die Revolution durchzuführen.

B.F.: Man stellt eine gewisse Verschiebung fest. Die Februar-Revolution war, trotz der Sowjets, noch eine bürgerliche Revolution. Doch zwischen Februar- und Oktober-Revolution gab es eine Radikalisierung. Der Streik von 1917 war eigentlich kein so wesentlicher Streik, er verblieb auch nicht so stark in der kollektiven Erinnerung wie der März-Streik von 1921. Der 1916 entstandene „Berg-, Hütten- und Metallarbeiter-Verband“ (BHMAV) war auch weder eine freie noch eine linke, sondern eine neutrale Gewerkschaft. In ihr waren ebenfalls Leute mit katholischem Background engagiert, die von Anfang an nicht revolutionär waren. Die wollten verhandeln und die Lohnbedingungen verbessern. Die Gewerkschaft war also in den Augen der Gewerkschaftsführer kein revolutionäres Instrument.

Die Forderung nach dem Wahlrecht suggeriert, dass die Menschen doch noch in den Kategorien des Parlamentarismus dachten.

H.W.: Das Wahlrecht war nicht die einzige Forderung. Die Einführung der Arbeiterräte und der Achtstundentag wurden 1918 von Arbeiterseite diktiert, nicht, wie es in den Geschichtsbüchern dargestellt wird, als Geschenk der Regierung Reuter. Die Arbeiter wollten im Betrieb nicht mehr die Untertanen sein, die sich alles gefallen lassen mussten, sie wollten Demokratie innerhalb des Betriebes.